



Drohendes Strafverfahren in Ungarn – Eltern versuchen Auslieferung zu verhindern

Bericht: Edgar Lopez, Marcel Siepmann, Jana Merkel
Kamera: Torsten Backofen, Birgit Handke, Uwe Nitschke
Schnitt: Clarissa Hüschenbett

Wolfram Jarosch - Vater von Maja

“Wir haben einfach große Angst vor dieser Auslieferung.”

Deutsche Staatsbürger werden beschuldigt, in Budapest Neonazis verprügelt zu haben. Ihnen droht die Auslieferung nach Ungarn. Ihre Eltern haben Angst. Denn in ungarischer Haft sollen menschenunwürdige Zustände herrschen.

Auf dem Weg nach Jena. Eine Gruppe von Eltern hat sich an uns gewandt. Ihren erwachsenen Kindern droht ein Strafprozess in Ungarn. Wolfram Jarosch spricht als einziger offen vor der Kamera.

Wolfram Jarosch - Vater von Maja

“Die größte Sorge ist die Auslieferung. Das ist schon. Wir haben einfach Angst. Ich als Vater, aber auch die Eltern von anderen Beschuldigten in diesem Verfahren. Wir haben einfach Angst davor, dass unsere Kinder nach Ungarn ausgeliefert werden.”

Sein 23-jähriges Kind Maja sitzt seit Dezember 2023 in Untersuchungshaft in Dresden. Was wird Maja und den anderen vorgeworfen?

Seit Jahren kommt es hier in Budapest am Rande dieser Veranstaltung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und Gegendemonstranten. Hier treffen sich jährlich Neonazis aus ganz Europa zum sogenannten “Tag der Ehre”. Sie feiern die Waffen-SS.

Überwachungskameras zeigen im Februar ‘23 Attacken auf mutmaßliche Neonazis. Neun Menschen werden verletzt, drei davon schwer. Die Aufnahmen führen die Ermittler zu den Beschuldigten - mutmaßlich gewaltbereite Linksextremisten.

Die ungarischen Behörden beschuldigen auch 12 deutsche Staatsangehörige. Es geht um Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Körperverletzung. Einer wurde in Ungarn bereits verurteilt. Eine weitere ist dort angeklagt, befindet sich aber auf freiem Fuß. Neun Personen werden noch gesucht. Und eine Person sitzt in deutscher U-Haft - Maja.



Zu den Vorwürfen gegen sein Kind will sich Wolfram Jarosch im laufenden Ermittlungsverfahren nicht äußern. Er hat vor allem Angst davor, dass Maja in ungarische U-Haft überstellt wird.

Wolfram Jarosch - Vater von Maja:

“Dort haben sie unmenschliche Haftbedingungen, unhygienisch, in winzigen Zellen, 23 Stunden am Tag in einer Zelle. Wir haben Angst davor, dass sie dort verurteilt werden, dass dort kein faires Verfahren stattfindet.”

Keine unbegründete Sorge - wie das Beispiel der Italienerin Ilaria Salis zeigt. Auch sie soll an den Übergriffen gegen Neonazis beteiligt gewesen sein, bestreitet das aber. Ende Januar dieses Jahres in Budapest begann der Prozess gegen sie und zwei deutsche Angeklagte. Die Bilder von ihr, mit Hand- und Fußfesseln und an einer Metallkette vorgeführt, gingen um die Welt. Schon zuvor gab es in Italien Berichterstattung über miserable Zustände in ungarischer Untersuchungshaft. Ihr Vater durfte sie sieben Monate lang nicht besuchen.

Ende vergangenen Jahres wurden Auszüge eines Briefes von Ilaria Salis an ihren Vater in der Presse zitiert. Darin berichtet sie von einer nur drei Quadratmeter großen Zelle, Bettwanzen, Mäusen und Kakerlaken. Ihr seien mehrfach keine Tampons oder Binden zur Verfügung gestellt worden. Der Fall machte Schlagzeilen, es gab Solidaritätsdemos in ganz Italien.

Diese Zustände seien kein Einzelfall, sagt Lili Krámer vom ungarischen Helsinki Komitee, der ältesten Menschenrechtsorganisation in Ungarn. Sie verweist auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.

Lili Krámer - Helsinki Komitee:

“Das Gericht sagte, dass es ein systematisches Problem mit Haftbedingungen in Ungarn gibt. Dass sie nicht dem Standard der europäischen Menschenrechtskonventionen entsprechen. Diese Themen kennen wir sehr gut. Diese schlechte Behandlung ist keine Besonderheit.”

Sören Schomburg ist Jurist und gilt als einer der Experten für Auslieferungsrecht. Er vertritt bekannte Klienten, wie den Wikileaks-Gründer Julian Assange. Auch für eine Auslieferung in ein EU-Land gebe es klare Schranken.

Sören Schomburg - Rechtsanwalt

“Die Bundesrepublik Deutschland darf sich nicht an Auslieferungen beteiligen dann, wenn es zu einer Menschenrechtsverletzung beispielsweise führen würde oder wenn auch nur das Risiko besteht.”



Diese Gefahr müsse aber für den konkreten Einzelfall nachgewiesen werden. Vor dieser Herausforderung steht Sven Richwin, der Anwalt von Maja. Er will Majas Auslieferung verhindern. Und hat dafür eidesstattliche Versicherungen von Menschen eingeholt, die U-Haft in Budapest erlebt haben.

Maja ist queer - und die Rechte queerer Menschen sind in Ungarn besonders bedroht.

Sven Richwin - Rechtsanwalt von Maja:

“Garantiert sind dort Übergriffe und Diskriminierung zu befürchten. Maja passt einfach zu gut sozusagen in dieses Feindbild, was da kultiviert wird. Und die Problematik ist, es gibt kaum Möglichkeiten, das von außen zu stoppen oder eingreifen.”

Zu den desaströsen Haftbedingungen komme, dass Richwin seinen Job als Verteidiger gar nicht angemessen erledigen könne. Er hat kaum Zugang zu den Akten, weiß nicht, ob und welche Beweise es für Majas mutmaßliche Beteiligung an den Budapest-Schlägereien gibt.

Richwins Kritik geht noch weiter. Und hier wird der Fall politisch: Er meint, es fehle Deutschland am politischen Willen, ein klares Statement gegenüber Ungarn zu setzen.

Anders der Fall von Ilaria Salis. Die Berichte über ihre Haftbedingungen, das Vorführen an einer Kette, die Demonstrationen. In Italien sei die Regierung nicht mehr an dem Thema vorbeigekommen, sagt Mara Gergolet, Deutschland-Korrespondentin einer italienischen Tageszeitung.

Mara Gergolet, Deutschland-Korrespondentin Corriere della Sera

“Das Bild war auf der ersten Seite von allen Zeitungen. Und als alle in Italien diese Bilder gesehen hat, musste die Regierung sich engagieren.”

Inzwischen setzt sich die italienische Politik für Ilaria Salis ein: das Außenministerium, das Justizministerium und die rechtsradikale Regierungschefin¹ Giorgia Meloni.

In Deutschland wäre vor allem das Auswärtige Amt unter Annalena Baerbock gefragt, zuständig für die Arbeit der Konsulate. Die betreuen Deutsche in ausländischer Haft, dürfen Gefängnisse besuchen und kennen die Zustände. Doch Majas Anwalt erzählt, vom zuständigen Konsulat in Ungarn bekomme er keine Unterstützung.

¹ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/italien-meloni-101.html>



Sven Richwin - Rechtsanwalt von Maja

“Das ist auch ein harter Gegensatz zu dem, was da in Italien läuft. Italien ist eine - wenn man es vorsichtig ausdrückt - eine rechtspopulistische Regierung an der Macht, die trotzdem relativ viele Hebel da in Bewegung setzt oder es zumindest versucht, während hingegen sozusagen in Deutschland Frau Baerbock und ihre erklärtermaßen wertebasierte Außenpolitik auch in ihrem eigenen Haus sozusagen, auf der niedrigsten Konsulatsebene da im Moment noch keine Früchte trägt. Das ist sehr frustrierend leider.”

Wir bitten das Auswärtige Amt zum Fall Maja um Stellungnahme. Doch zu laufenden Verfahren will man sich nicht äußern.

Zurück zum Budapest-Verfahren. Maja sitzt bereits in Deutschland in U-Haft. Neun andere Beschuldigte werden seit einem Jahr gesucht. Deren Eltern haben Kontakt zu uns aufgenommen. Auch sie haben Angst vor einer Auslieferung.

Anonyme Mutter:

“Ich rede als Person, die aus Ungarn stamme. Ich sehe in diesem Land keine Chance auf ein rechtsstaatliches Verfahren.”

Deshalb wollen sie eine Botschaft verkünden. Majas Vater spricht für sie alle.

Wolfram Jarosch - Vater von Maja:

“Mehrere der Beschuldigten sind bereit, sich den Behörden zu stellen. Sie möchten aber, dass ihnen zugesichert wird, dass sie nicht nach Ungarn ausgeliefert werden. Wir als Eltern wissen das von den Rechtsanwälten der Kinder. Die Rechtsanwälte haben sich auch an die Generalstaatsanwaltschaft gewandt. Der Generalstaatsanwaltschaft ist das wiederholt angeboten worden. Und darauf möchten wir aufmerksam machen, auf die Bereitschaft, dass sie sich stellen wollen.”

Die Generalstaatsanwaltschaft Dresden ermittelt auch zu den Budapest-Vorfällen. Sie weiß, dass die Beschuldigten sich stellen wollen. Und könnte deren Auslieferung verhindern. Aber sie stellt offenbar Bedingungen. Einer der Anwälte der Gesuchten schreibt uns, die Dresdner Generalstaatsanwaltschaft habe ihm telefonisch folgendes mitgeteilt: Sie würde eine Auslieferung für seinen Mandanten verhindern, unter der Bedingung, Zitat:

“(...) dass mein Mandant nach seiner Stellung vor dem Ermittlungsrichter ein Geständnis hinsichtlich seiner eigenen Tatbeteiligung abgibt.”

Quelle: Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräff, 20.02.2024



Entweder Geständnis oder Auslieferung nach Ungarn? Experte Schomburg sieht so ein Ultimatum kritisch:

Sören Schomburg - Rechtsanwalt, Experte für Auslieferungsrecht

“Also so wie Sie es beschreiben, halte ich es nicht für einen fairen Umgang. Die Forderung scheint mir erstmal sehr weitreichend. Denn das Aussageverhalten kann zwar im Ermessen berücksichtigt werden. Direkt ein Geständnis zu verlangen allerdings halte ich für unzulässig.”

Sinn eines Prozesses sei, dass die Beschuldigten ein faires Verfahren bekommen und ihre Schuld bewiesen werden muss.

Will die Generalstaatsanwaltschaft Dresden auf dem Ultimatum beharren? Nimmt sie das Angebot an, dass die Gesuchten sich stellen? Auf unsere Fragen schreibt uns die Behörde, dass sie sich zum laufenden Verfahren nicht äußern könne.

Für die Eltern bleibt die Unsicherheit. Auch für Majas Vater. Ob Maja nach Ungarn ausgeliefert wird, darüber wird ein Gericht in den nächsten Tagen entscheiden.